

Sächsische Dorfzeitung

Anzeiger für Stadt und Land

mit der Beilage: „Illustriertes Sonntags-Blatt“

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaften Dresden-Alttadt und Dresden-Neustadt, für das Kgl. Amtsgericht Dresden, die Kgl. Forstrentämter Dresden, Moritzburg, Tharandt und die Gemeinden Oberlößnitz und Radebeul.

Anzeigen-Preise:

Die einseitige Seite 15 Pfg. unter „Eingefandt“ 10 Pfg. Anzeigenannahme erfolgt bis mittags 12 Uhr. — Anzeigenstellen sind: Kleine Geschäftsstellen, kleine Anzeigen, Poststr. 4, Inhabersbureau, Kaufmanns- & Drucker, Adm. Bldg., G. C. Dausch & Co. in Leipzig, Frankfurt a. M.; G. Kohl in Kassel; Hugo Müller in Köthen; Broda, Otto Dietrich in Leipzig; Hugo Witz in Chemnitz; Emil Döllner in Radebeul; Adm. Grimm in Dresden-Altstadt; Friedrich Teichert in Colbitz; Otto Hummel in Cotta; Wlag Feurich in Coschütz.

Telephon: Dresden, Nr. 3916.

Bezugsbedingungen:

Die „Dorfzeitung“ erscheint jeden Wochentag nachmittags 5 Uhr mit dem Datum des folgenden Tages. Die Bezugsgebühr beträgt 1.80 Mark vierteljährlich oder 60 Pfg. für jeden Monat. Die „Dorfzeitung“ ist zu beziehen durch die landwirtschaftlichen Postämter, die Landbriefträger und durch andere Boten. Bei freier Lieferung ins Haus erhebt die Post noch die Zustellungsgebühr von 40 Pfg.

Telegramm-Adr.: Dorfzeitung Dresden.

Nr. 172.

Dresden, Donnerstag, den 27. Juli 1905.

67. Jahrgang.

Das Neueste.

Die „Hohenzollern“ mit dem Kaiser an Bord ist mit den Begleitschiffen gestern nachmittag 6¹/₄ Uhr in Wisby eingetroffen. Der deutsche Konsul begab sich an Bord.

Das „N. Wiener Tgl.“ macht Mitteilungen über den Inhalt der Unterredung zwischen den beiden Kaisern. Es sei über den Frieden, besonders aber auch über ein bevorstehendes schwedisch-norwegisch-dänisches Bündnis und über die Kriegskostenentschädigung gesprochen worden, die Rußland nicht in bar zahlen wolle.

Der deutsche Gesandte in Brüssel betonte in einer Rede die Notwendigkeit der Erhaltung der Neutralität Belgiens.

Das schwedische Ministerium Postroem hat seine Entlassung eingereicht; der Sonderauschuß des Reichstags schlägt vor, der Aufhebung der Union beizustimmen, wenn eine Volksabstimmung in Norwegen sich dafür ausspricht.

In Lodz ist eine Bombenfabrik entdeckt worden; zwanzig Sozialisten und Anarchisten wurden verhaftet. Sechs Donische Kosakenregimenter meutern und lehnen den Polizeidienst ab.

Der japanische Friedensunterhändler Minister Baron Komura ist mit Gefolge gestern in Jersey City angekommen und durch eine Abordnung japanischer Kaufleute nach New York geleitet worden.

Der „rote Pfaffe“.

Zu diesem Ehrennamen ist der „Genosse“ v. Bollmar bei seiner Partei gelangt. Zwar drückt sich der „Vorwärts“, so gut es geht, in Angelegenheit der bayerischen Wahlvorgänge, wie die Rage um den heißen Brei, um die Tatsache herum, daß sich die bayerischen Sozialdemokraten um den Gewinn eines einzigen Landtagsmandates vom Zentrum haben als Vorspann benutzen lassen, aber das Zentralorgan der „Unentwegten“ unterschlägt mit seinen Verlegenheitsphrasen von prinzipieller Notwendigkeit des kirchlich-sozialdemokratischen Bündnisses die wahre Stimmung, wie sie überall in der Partei, und namentlich im Zentrum, Berlin und Vororte, in allen Versammlungen zu Tage tritt. Das Verhalten der bayerischen Genossen wird in fast allen Versammlungen auf das Schärfste kritisiert und als „Verrat“ bezeichnet am „Volk“, und namentlich die Genossen v. Bollmar und Müller, welche als bayerische Landtagsabgeordnete die Rufer im Streit gegen den Liberalismus waren, werden in einer Weise beschimpft und verhöhnt, welche erkennen läßt, daß es noch eine Nachkritik in Jena geben wird, die an Schärfe nichts zu wünschen übrig läßt. In einem Berliner Versammlungstotal, wo das Gruppenbild der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten aushängt, haben empörte Genossen das Gesicht des Abgeordneten v. Bollmar mit Tinte vollständig unkenntlich gemacht und an einer anderen Stelle haben die Hände der Genossen dem Bilde desselben Abgeordneten einen Nagel durch die Stirn geschlagen. Das Geschrei der leitenden sozialdemokratischen Blätter Bayerns, namentlich der Bollmarschen „Münchener Post“ gegen die liberalen „Wahlrechtsdiebe“ usw., findet in Mittel- und Norddeutschland kein Verständnis.

In der „Münchener Post“ finden die Genossen seit Wochen vor der Wahl täglich spaltenlange Berichte über die „fürchterlichen Abrechnungen“, welche die Herren v. Bollmar, Müller und Genossen überall in Bayern mit dem Liberalismus gehalten haben, aber aus all diesen Berichten tönt nebenbei die Jammerphrase von der nur vorübergehenden „unnatürlichen Koalition“ und die Versicherung, daß der Kampf um das „heiligste Recht des Volkes“ die bayerische Sozialdemokratie in die Lage versetzt habe, zwischen Zentrum und Liberalismus das Bündnis mit dem ersteren als das kleinere Übel zu wählen. „Wir verpflichteten uns ja nur, im Verein mit dem Zentrum für den von den Liberalen abgelehnten Wahl-Vorschlagsentwurf mit relativer Mehrheit“, rufen die roten Gottesstreiter, während sie recht wohl wußten, daß sie nur darum sich dem bayerischen Liberalismus verschrieben, weil sie ohne dessen Hilfe bei den Wahlen

eine jämmerliche Niederlage erlitten haben würden. Den Liberalen aber wird es niemand verdenken, daß sie zu ihrem Wahlsiege den „Umsturz“ gebrauchten ohne die Verpflichtung einer Gegenleistung, lediglich auf Kosten der Genossen, welche fürchteten, ihr Landtagsmandat zu verlieren. In Norddeutschland fühlt man den moralischen Schlag, der die „unentwegteste“ politische Partei getroffen hat, um so bitterer, als hier das Verständnis für alle Religion den „Genossen“ abhanden gekommen ist und der „Pfaffe“ aller Konfessionen als „Volkseind“ erster Klasse gilt. Es ist fast drollig, was Bollmar in seinem Blatte zur Beruhigung der Genossen, welche sich darüber beschwerten, daß er im Landtag von den Liberalen das Eintreten für ein direktes Wahlrecht unter dem Hinweis gefordert hat, sie sollten doch endlich die Möglichkeit schaffen, in die „sicheren“ Zentrumswahlkreise einzudringen. Da die „Liberalen“ aber das Wahlgesetz zu Fall brachten, und das Zentrum sich in dieser, wie in allen Verfassungsfragen in Bayern liberaler zeigte als die „Liberalen“, konnte Genosse Müller das Zentrum natürlich deswegen nicht tadeln. Das ist mehr charakteristisch als logisch, aber es ist — sozialdemokratisch, unter falschen Vorpiegelungen zu agitieren. Interessant ist nebenbei, daß das ganze Wahlgeschäft eigentlich von drei Leuten besorgt wurde, welche alle drei der „Münchener Post“ sehr nahe stehen. Da ist 1. Herr v. Bollmar, Oberregisseur, dann 2. Genosse Adolf Müller, verantwortlicher Redakteur und 3. Genosse Birk, der Drucker des Blattes. Neben der „Münchener Post“ stieß das nächstbedeutende Blatt der Sozialdemokratie Bayerns, die „Frankische Tagespost“, in das gleiche Horn und beide Blätter brachten Tag für Tag die dringendsten Wahlaufrufe, welche alle mit der Phrase schlossen: „Wir denken, daß sich jeder Parteigenosse dessen bewußt ist, was am 10. Juli auf dem Spiele steht! Tue jeder seine Pflicht, und der 11. Juli wird uns erfolgreich finden!“

Was aber die Entrüstung im Lager der zentralen „aufgeklärten“ Genossen bis aufs äußerste gesteigert hat, das ist die Tatsache, daß die bayerischen Genossen, um zu Gunsten des Liberalismus ihr Wahlrecht ausüben zu können, sich massenhaft bereit fanden, den Eid auf die Verfassung zu leisten, der in Bayern gefordert wird. Man ist der Meinung, daß der Fahneid schon eine Gewissensvergewaltigung sei, daß aber der Eid auf die Verfassung eines Staatswesens, das unzulässigen Zweck und Ziel des Sozialismus ist, der „Würde“ der Partei nicht entspricht und Wahlenthaltung zum bayerischen Landtag das einzig Richtige gewesen wäre. Das haben seinerzeit allerdings Bebel sowohl wie Liebknecht schon 1887 empfohlen, aber Herr v. Bollmar tut, was er will mit seiner roten Herde — die bayerischen Lämmlein beherrscht er mit seiner Klique. Und der riesige Erfolg — ein Mandat mehr; die Sozialdemokratie hat ihre Mandate von 11 auf 12 vermehrt zum Nutzen des Zentrums. Der Sieg ist ihnen zu gönnen.

Politische Weltschau.

Deutsches Reich. Der Kaiser ist an Bord der „Hohenzollern“ gestern abend in Wisby eingetroffen. Nun die neueste Zusammenkunft des Zaren mit Kaiser Wilhelm der Geschichte angehört, ergießt sich von den Mittelpunkt der europäischen Politik aus ein Strom der widersprechendsten Kommentare über dieses politische Ereignis. Wir können zunächst mit Genugtuung konstatieren, daß man seine internationale Bedeutung nirgends zu unterschätzen scheint; wenn einzelne englische Blätter einen spöttischen Ton anschlagen, so kann dieser über die ernststen Besorgnisse, die er verdecken soll, nicht hinwegtäuschen. In Rußland kommt überwiegend die Hoffnung zum Ausdruck, daß der Zar in der Aussprache mit dem Deutschen Kaiser Trost und Stärkung gefunden haben und daß das Gewicht der deutschen Freundschaft sich auch bei den

endgültigen Friedensverhandlungen im fernen Osten zum Vorteil Rußlands fühlbar machen werde. Wenn auch über den Inhalt der Unterredungen zwischen dem Zaren und Kaiser Wilhelm amtlich nichts bekannt gegeben wird, so darf doch versichert werden, daß zwischen den beiden Herrschern sehr wichtige politische Angelegenheiten erörtert wurden und daß beide Monarchen von dem Ergebnis ihrer Begegnung überaus befriedigt sind und diesem Gefühl auch Ausdruck gegeben haben. Die sonderbaren Kommentare, die allerorts in der auswärtigen Presse auftauchen, rühren zumeist, so z. B. selbst in den russischen Blättern, daher, daß eben niemand weiß, was auf den Kaiser-Jachten vor sich gegangen ist. In diese Kategorie der Konjekuralpolitik gehört auch die schiefe Annahme der „Kowoje Wremja“ — die ihr Echo in der englischen Presse findet —, daß Kaiser Wilhelm in Björkö die Idee einer franko-russisch-deutschen Koalition zur Bekämpfung der „gelben Gefahr“, d. h. mit anderen Worten, zur Zurückdrängung Japans angeregt haben dürfte. Daß die auswärtige Presse in Ermangelung positiver Nachrichten sich in solchen Kombinationen ergeht, mag zum Teil auch darauf zurückzuführen sein, daß die Kaiserbegegnung eben völlig überraschend kam. Tatsächlich war es bis zu dem Augenblick, in dem die beiden Monarchen zusammentrafen, selbst keiner der fremden Regierungen bekannt geworden, ob die Begegnung stattfindet oder nicht; so gut blieb diesmal das Geheimnis gewahrt.

Der Deutsche Kronprinz und die Kronprinzessin, welche vorgestern abend an Bord der Yacht „Aduna“ in Rönne auf Bornholm eingetroffen sind, besuchten gestern Allinge, Hammeren und die Hammerhus-Ruinen und kehrten nachmittags nach Rönne zurück. Die Bevölkerung und die zahlreichen Sommergäste, zumeist Deutsche, begrüßten das kronprinzliche Paar überall mit herzlicher Begeisterung.

Von einer Erhöhung des Einfuhrkontingents an russischen Schweinen wird nach einer Mitteilung des Landwirtschaftsministers an die ober-schlesischen Städte vorläufig abgesehen.

Von der Verpflichtung zur Invalidenversicherung sind nach einem kürzlich gefaßten Beschluß des Bundesrats diejenigen Personen befreit, welchen auf Grund früherer Anstellung bei den Kirchengemeinden, Instituten oder Verbänden der evangelischen Landeskirchen Preußens Pensionen im Mindestbetrage der Invalidenrente bewilligt worden sind.

Disziplinwidrigkeiten sollten in letzter Zeit auf dem kleinen Kreuzer „Frauenlob“ vorgekommen und so arger Natur gewesen sein, daß sie sogar zur Enthebung des Kommandanten von seinem Posten geführt hätten. Wir hatten von den aufs ärgste aufgebauchten Berichten gar nicht erst Notiz genommen. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ schreibt nun: Die Angaben über die Disziplinlosigkeit sind im wesentlichen frei erfunden. Richtig ist nur, daß in der Nacht vom 4. zum 5. Juni einzelne kleine Gegenstände des Schiffsinventars über Bord geworfen und andere beschädigt wurden. Ein erheblicher Schaden ist nicht entstanden. Die Behauptung, die Manneszucht der Marine nehme besorgenswerterweise ab, ist entschieden jurisdiktorien. Eine schwerere Insubordination ist besonders bei der aktiven Schlachtflootte nicht öfter vorgekommen, als in früheren Jahren.]

Oesterreich-Ungarn. Der Minister des Innern hat den Beschluß des Pester Komitats, welches die Ablieferung freiwillig gezahlter Steuern und die Mitwirkung bei freiwilliger Stellung zum Militärdienst verboten hatte, umgestoßen. Die gleichen Beschlüsse der anderen Städtekomitate werden, wie verlautet, gleichfalls für ungültig erklärt werden.

Belgien. Anlässlich der Feier der 75-jährigen Unabhängigkeit Belgiens gab die deutsche Kolonie in Antwerpen gestern abend ein Festmahl, an dem 500 Personen teilnahmen. Anwesend waren u. a. der deutsche Gesandte Graf Ballwiz, der deutsche General-Konsul Pritsch, der belgische Ministerpräsident, der Minister des Innern, die Präsidenten des Senats und des Abgeordnetenhauses, der Bürgermeister von Antwerpen, Vertreter des Königs, der Zivil- und Militärbehörden und das Offizierskorps des Panzers „Kaiser Karl der Große“. Graf Ballwiz brachte einen Trinkspruch auf König Leopold aus, worin er betonte,